

Empfänger:

Stadt Rheine
Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann
Klosterstraße 14
48431 Rheine

Absender:

SPD Fraktion im Rat der Stadt Rheine
Volker Brauer
Geschäftsführer
Poststraße 28
48431 Rheine

Telefon: 015161522939

Email: volker.brauer8@gmail.com

03.01.2026

Antrag:

Sehr geehrter Bürgermeister Dr. Lüttmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Fraktion beantragt den Beschluss folgender Resolution durch den Rat der Stadt Rheine:

Resolution zum Referentenentwurf des KiBiz

- Gemeinsame Resolution der Stadt Rheine und der politischen Vertretungen im Rat der Stadt Rheine

Im Dezember 2025 ist zum KiBiz ein Referentenentwurf des Landes NRW veröffentlicht worden. Dieser Entwurf wird derzeit diskutiert. Bis Mitte Januar sind bezüglich des Entwurfs Eingaben möglich.

Von der Möglichkeit der Eingabe möchten wir im Rahmen einer Resolution Gebrauch machen. Folgende, in diesem Kontext besonders bedeutsame Themen, möchten wir hier hervorheben:

Bildung findet im Kleinen statt:

- Die durch den Referentenentwurf vorgeschlagene Möglichkeit der Überbelegung der Gruppen stellt eine grundsätzliche Gefahr für die Qualität und die bedarfsdeckende Gestaltung der Leistung dar (0-3 jährige Kinder Gruppengröße von 10 Kinder auf max. 13 Kinder; 2-6 jährige Kinder Gruppengröße von 20 Kinder auf max. 24 Kinder; 3-6 jährige Kinder Gruppengröße von 25 auf max. 29 Kinder)

Kern- und Randzeitenbetreuung:

- im Rahmen des Entwurfs werden Kern- und Randzeiten definiert. Die Kernzeiten umfassen 5 Stunden. Nur während der Kernzeiten ist eine Betreuung durch qualifizierte Fachkräfte verbindlich zu garantieren. Durch die Aufhebung des Fachkraftgebots wird eine deutliche Qualitätsabsenkung gebilligt.

Unterfinanzierung im System:

- mit dem Entwurf wird eine Ausweitung der Finanzierung um 200 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Im Hinblick auf die aktuelle Unterfinanzierung und die Anforderung, die an die Träger und Kommunen diesbezüglich gestellt werden, reicht dieser Betrag nicht aus, um die Leistungen qualitativ weiter erbringen zu können.

Flexibilisierung bei Personalmangel:

- in Notfällen (bei Personalmangel) soll eine qualifizierte Fachkraft mit Ergänzungskräften für bis zu 60 Kindern eingesetzt werden können. Im Sinne der Ausübung der Aufsichtspflicht und der Qualität der Bildung sowie der Betreuung ist dieser Vorschlag als kritisch zu bewerten.
- Verfügungszeiten werden nicht mehr im ausreichenden Maße gewährleistet:
Vor- und Nachbereitungszeiten für die Arbeit mit den Kindern werden durch den Referentenentwurf nicht abgesichert, da sie in Betreuungszeiten umgewandelt werden können, dieses führt zu einer zusätzlichen Belastung bei den Mitarbeitenden der KiTas und zu einer Reduzierung der Vor- und Nachbereitungszeiten, damit werden Qualitätseinbußen erwartet.

Unterschiedliche Standards:

- In Abhängigkeit der Haushaltslage der unterschiedlichen Kommunen und KiTa-Träger wird die Gestaltung der pädagogischen Arbeit an die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen und Träger geknüpft. Dieses führt zu unterschiedlichen Standards für Kinder und Familien. Bei Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden, bei an Gewinn orientierten Trägern und bei finanzschwachen oder sehr kleinen Trägern ist von einer Reduzierung der Qualität auszugehen, da die Standards flexibilisiert werden und nicht festgelegt sind.

Teilhabe von Kindern mit Behinderung:

- Durch die Absenkung der Fachkraftquote bei gleichzeitiger Möglichkeit der Erhöhung der Gruppengröße sowie den schon jetzt häufig erforderlichen Wechseln von Kindern in heilpädagogische Gruppen wird eine Teilhabe von Kindern mit Behinderung weiter erschwert. Ziel im Sinne der Inklusion sollte ein Abbau der Barrieren sein und nicht ein Aufbau neuer Hürden. Die Folge werden trägerseitige Kündigung von Betreuungsverträgen oder nur stundenweise reduzierte Betreuungsangebote sein. Kinder mit Teilhabebedarfen benötigen kleine Gruppensettings, qualifizierte Begleitung und gesicherte Strukturen.

Der Fokus des Referentenentwurfs liegt aus Sicht des Rates der Stadt Rheine nicht auf der Qualität der frühkindlichen Bildung sowie der Teilhabe von Kindern mit Behinderung, sondern auf Sparmaßnahmen und dem Abbau von Sicherheiten.



Dominik Bems
(Vorsitzender SPD-Stadtratsfraktion)